

1 Resolution : Méi Chancen um Aarbechtsmaart

2
3 Die steigenden Arbeitslosenzahlen in Luxemburg stellen den Staat, die Regierung, die
4 Abgeordnetenversammlung, das Patronat, die Gewerkschaften und die politischen Parteien vor
5 eine große Herausforderung. Die Sozialisten weisen seit längerem auf die Problematik der
6 Arbeitslosigkeit hin ohne, dass bisher konkrete, neue Schritte unternommen wurden. Die
7 LSAP, auf ihrem Kongress vom 26. März 2006 in Schifflingen schlägt zehn Punkte vor, die
8 den Arbeitssuchenden mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt verschaffen sollen:

9 10 1. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Luxemburgs erhöhen

11 Damit Arbeitskräfte vermittelt werden können, müssen zuerst neue Arbeitsstellen entstehen.
12 Um dies in einer globalisierten Welt zu bewerkstelligen, müssen die äußeren Parameter
13 unserer Wirtschaft den aktuellen Gegebenheiten angepasst und verbessert werden. Um sich
14 im internationalen Umfeld behaupten zu können, muss der luxemburgische
15 Wirtschaftsstandort konsequent modernisiert und seine Diversifizierung vorangetrieben
16 werden:

- 17 • Luxemburg muss seinen Vorteil in Sachen niedriger Lohnnebenkosten unbedingt
- 18 verteidigen;
- 19 • Die zu hohen Energiepreise schaden unserer Wirtschaft. Neben der Versorgungssicherheit,
- 20 muss auch die Konkurrenzfähigkeit der Energieprodukte sowohl für Unternehmen als auch
- 21 für Privatkunden verbessert werden. In diesen Bestrebungen muss die Förderung
- 22 alternativer Energien eine angemessene Rolle spielen;
- 23 • Sowohl private als auch öffentliche Investitionen werden immer stärker durch neue
- 24 nationale und europäische Vorschriften sowie überflüssige Zuständigkeiten erschwert.
- 25 Prozeduren müssen demnach nach dem Prinzip der „better regulation“ vereinfacht werden;
- 26 • Der Rückstand was das Angebot an staatlichen online Dienstleistungen angeht, muss
- 27 schnellstens aufgeholt werden;
- 28 • In Sachen Infrastrukturpolitik müssen die Rahmenbedingungen für Firmenneugründungen
- 29 (z.B. Erschließung von zusätzlichen Industrie- und Handelszonen) sowie die
- 30 Aufnahmekapazitäten für „Start-up’s“ verbessert werden;
- 31 • Die Dienst- und Wissensgesellschaft muss weiterhin bestmöglich vorbereitet und begleitet
- 32 werden. Sowohl die hiesigen Forschungsinstitute als auch die Uni Luxemburg werden hier
- 33 eine entscheidende Rolle spielen. Sie sollten dementsprechend von der Regierung
- 34 unterstützt werden;
- 35 • Der Unternehmensgeist wird heute gebremst durch viele bürokratische Hürden. Diese
- 36 müssen schnellstens abgebaut werden. Der seit langem geforderte „Guichet unique“ für
- 37 kleine und mittlere Betriebe muss endlich landesweit verwirklicht werden.

38 39 2. Die Arbeitgeber verpflichten

40 Öffentliche und private Arbeitgeber haben eine soziale Verantwortung. Der Begriff soziale
41 Marktwirtschaft darf auch in einem globalisierten Umfeld nicht bloß ein Slogan der Politik
42 bleiben:

- 43 • Den betrügerischen Konkursen muss, vom Staat, ein Riegel vorgeschoben werden. Eine
- 44 Institution zur Überwachung der Zahlung der Beiträge zur Sozialversicherung, zu Steuern
- 45 und Taxen muss geschaffen werden;
- 46 • Die Gesetzgebung bei Kollektiventlassungen muss überholt werden und Übertretungen
- 47 müssen stärker bestraft werden;
- 48 • Die Reform der Gewerbeinspektion (ITM) muss endlich verwirklicht werden damit sie sich
- 49 unter anderem dem Kampf gegen die Schwarzarbeit konsequent annehmen kann;
- 50 • Die vom Gesetz vorgesehenen Sanktionen bei Nicht-Meldung der offenen Stellen müssen
- 51 verhängt werden;

- 52 • Um Sozialdumping zu vermeiden, müssen die Modalitäten bei Auftragsübernahmen
53 gesetzlich geregelt werden;
- 54 • Angesichts fehlender einheimischer Fachkräfte in handwerklichen Betrieben und des
55 angeschlagenen Ansehens des Handwerks als Berufswahl, gilt es diesen wichtigen
56 Berufszweig im Bewusstsein der Bevölkerung gebührend aufzuwerten. Hierbei ist die
57 Regierung gefordert in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer mit Hilfe von
58 Kampagnen - ähnlich derer mit denen für den Militärdienst geworben wird - das
59 Handwerk für Jugendliche attraktiver zu machen. In dieser Logik fordert die LSAP eine
60 Heraufsetzung des Lohnes von Auszubildenden auf Mindestlohniveau, wobei die
61 Differenz zur jetzigen festgelegten Entlohnung von der ADEM getragen werden soll;
- 62 • Beschäftigungsfreundliche Betriebe sollen belohnt werden;
- 63 • Die Kriterien der Chancengleichheit müssen bei Neueinstellungen und Beförderungs-
64 maßnahmen respektiert werden. Es sollten Behindertenarbeitsplätze geschaffen
65 werden und die Umsetzung der Deklaration von Barcelona sollte zügig voranschreiten.

66 67 **3. Die Arbeitssuchenden besser betreuen und in die Verantwortung nehmen**

68 Arbeitslose haben nicht nur Rechte sondern auch Pflichten, eine verbesserte Betreuung muss
69 demnach Hand in Hand mit einer Steigerung ihres Verantwortungsbewusstseins erfolgen:

- 70 • Die Einführung des sog. „Jobcoaching“ soll unter anderem bei Vorstellungsgesprächen
71 helfen;
- 72 • Die Kompetenzen eines jeden Arbeitslosen sollten aufgestellt und mittels eines
73 Kompetenzscheins bestätigt werden;
- 74 • Wenig qualifizierten Arbeitslosen soll ggf. eine Vorfinanzierung des Führerscheins
75 angeboten werden um ihre Flexibilität zu steigern;
- 76 • Durch die Ausstellung eines „Jobsuchepasses“, in dem ihre Bemühungen, Arbeit zu
77 finden dementsprechend dokumentiert werden, sollen Arbeitssuchende stärker in die
78 Verantwortung genommen werden. Hierdurch kann Vorurteilen, wie
79 „Arbeitslos=Arbeitsunwillig“ entgegengewirkt werden;
- 80 • Bei Nichteinhaltung der Zumutbarkeitsklausel, seitens der Arbeitssuchenden, müssen die
81 gesetzlich vorgesehenen Sanktionen stärker appliziert werden.

82 83 **4. Eine legale Basis für die Beschäftigungsinitiativen**

84 Die Beschäftigungsinitiativen müssen stärker gefördert werden. Für diese muss endlich eine
85 legale Basis geschaffen werden.

- 86 • Diese Einrichtungen leisten der ganzen Gesellschaft einen wertvollen Dienst und sollten
87 vom Gesetzgeber anerkannt, ihre Rechte und Pflichten definiert und ihr Einsatzbereich
88 festgelegt werden;
- 89 • Bei öffentlichen Ausschreibungen sollte außerdem die Möglichkeit geschaffen werden, den
90 Firmen Auflagen zur Beschäftigung von Arbeitssuchenden zu geben;
- 91 • Beschäftigungsmaßnahmen (CAT) dürfen nicht missbraucht werden um potentielle
92 unbefristete Arbeitsstellen im öffentlichen Sektor zu besetzen. Deshalb sollte eine
93 Begrenzung der Anzahl dieser Verträge eingeführt werden.

94 95 **5. Eine Reform und Modernisierung der Instrumente zur Arbeitslosigkeitsbekämpfung**

96 Es gibt zahlreiche Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, doch diese entsprechen
97 nicht immer den heutigen Ansprüchen und Anforderungen:

- 98 • Das Arbeitsamt braucht ausreichend Arbeitsstellenvermittler um die im nationalen
99 Beschäftigungsplan vorgesehene individuelle Begleitung, Beratung und Orientierung der
100 Arbeitslosen und Betriebe zu ermöglichen. Deshalb muss die ADEM schnellstens personell
101 verstärkt werden und die nötigen Infrastrukturen und technischen Mittel zur Verfügung
102 gestellt bekommen;

- 103 • Auch muss die Aus- und Weiterbildung der Vermittler im Interesse einer optimalen
104 Betreuung der Arbeitslosen verbessert werden;
- 105 • Die Notwendigkeit des persönlichen Vorstellens bei der obligatorischen Kontrolle muss auf
106 ihre Effizienz geprüft werden;
- 107 • Gemeldete Stellen müssen analysiert, Profile erstellt und den Arbeitssuchenden von
108 zuhause aus zugänglich gemacht werden;
- 109 • Ein Interim-Job-Center soll innerhalb der ADEM aufgebaut werden;
- 110 • Die bestehenden Förderprogramme sowie staatliche Beihilfen müssen den Arbeitnehmern
111 und Arbeitgebern besser bekannt gemacht werden und müssen in regelmäßigen
112 Abständen auf ihre Effizienz geprüft werden.

113

114 **6. Eine arbeitsmarktorientierte Ausbildung an unseren Schulen**

115 Die Ausbildung an unseren Schulen verbessern ist der wichtigste Schritt um der
116 Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Diese Ausbildung soll auch den wirtschaftlichen und
117 gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht werden. Deshalb bedarf es u. a. in der
118 Berufsausbildung, einiger Reformen:

- 119 • Jugendlichen muss die Möglichkeit geboten werden, durch kompetenzorientierte
120 Berufsausbildung dauerhaft den Eintritt in das Berufsleben zu erlangen;
- 121 • ein besonderes Augenmerk muss den lernschwachen und sozial benachteiligten
122 Jugendlichen gewidmet werden, um ihnen im Rahmen des Berufsausbildungssystems
123 eine Grundausbildung zu vermitteln damit sie eher einen Platz auf dem Arbeitsmarkt
124 finden;
- 125 • die Reform unseres Berufsausbildungsgesetzes muss schnell verabschiedet werden damit
126 wir über ein System verfügen, das den Anforderungen unserer Zeit gerecht wird und
127 Perspektiven öffnet für die Arbeitnehmer und die nationale Ökonomie.

128

129 **7. Die berufliche Weiterbildung fördern**

130 Im Sinne der Lissabonstrategie soll ein Recht auf lebenslanges Lernen und Ausbildung
131 geschaffen werden, das es jedem Bürger, jeder Bürgerin erlaubt im Laufe seines / ihres
132 Lebens und seiner / ihrer Berufszeit, ein Mindestmaß an Kompetenzen zu erreichen, sie zu
133 aktualisieren, sie zu festigen und an die Entwicklungen der Gesellschaft und der Wirtschaft
134 anzupassen.

- 135 • Deshalb brauchen wir eine Strategie des lebenslangen Lernens, unter Bündelung der
136 bestehenden Instrumente (Erwachsenenbildung, berufliche Weiterbildung innerhalb der
137 Betriebe, Kurse für Arbeitssuchende und Arbeitslose), aber auch der Schaffung von neuen
138 Instrumenten (individueller Zugang zur Ausbildung, Bildungsurlaub, Beratungsstellen,
139 System von Validierung der Berufs- und Lebenserfahrung, Schaffung von staatlichen
140 Beihilfen für Lernwillige mit bescheidenen Einkünften und in Sozialfällen);
- 141 • Praktikaangebote sollen ausgeweitet werden;
- 142 • Der flächendeckende Ausbau der CNFPC-(Weiterbildungszentren) muss vollzogen werden.

143

144 **8. Neue Arbeitszeitmodelle ermöglichen**

145 Arbeitszeitmodelle (wie z.B. Arbeitszeitverkürzung, Arbeitszeitkonten usw.) helfen Arbeit und
146 Familie besser zu vereinbaren und bleiben ein wichtiges Mittel zur Wiederherstellung der
147 Vollbeschäftigung. Besonders Betrieben die in Schwierigkeiten sind kann hiermit geholfen
148 werden.

- 149 • Hierfür müssen jedoch endlich die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

150

151 **9. Geschlechtsspezifische Berufsorientierung unterbinden**

152 Bei der Berufs- und Ausbildungswahl darf das Geschlecht nicht bestimmend sein.

- 153 • Frauen und Männer müssen ermutigt werden, Berufe zu erlernen und Jobs anzunehmen,
154 die bisher dem anderen Geschlecht zugeordnet wurden. Hierzu bedarf es eines
155 Umdenkens in der Familie, in der schulischen Orientierung und bei der Arbeitsvermittlung;
156 • Ausbilderinnen und Ausbilder sollten geschult werden (Gender Training), berufliche und
157 überberufliche Potenziale der Jugendlichen zu erkennen und zu fördern.
158 • Flächendeckende qualitativ hochwertige Betreuungsstrukturen müssen landesweit
159 geschaffen werden;
160 • Das vieldiskutierte Statut für „Tageseltern“ muss schnellstens Realität werden.

161

162 **10. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zur absoluten politischen Priorität erklären**

163 Obwohl in der Regierung eine Neuaufteilung der Zuständigkeitsbereiche unter anderem im
164 Arbeitsministerium vollzogen wurde,

- 165 • sollte ein Vollzeit-Arbeitsminister seine ganze Energie der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
166 widmen können und von allen anderen Ressorts entbunden werden;
167 • der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit von der gesamten Regierung zur absoluten
168 politischen Priorität erklärt werden.

169

170 **Diese zehn Punkte können nicht von der Politik alleine vollzogen werden. Alle Akteure in**
171 **unserem Land sind verpflichtet ihren Beitrag zu leisten, daher sollte der so genannte**
172 **„Sommet de la relance“ endlich stattfinden. Nur ein Pakt zwischen Arbeitgebern, Staat**
173 **und Arbeitslosen kann zu dem gewünschten Erfolg führen und den Arbeitssuchenden zu**
174 **mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt verhelfen.**

175

176 Angenommen auf dem LSAP-Landeskongress vom 26.3.2006 in Schiffingen